

Die Arbeitsgemeinschaft der ADGB-Führer, Christen und Unternehmer

25 prozentige untertarifliche Entlohnung geplant / An dieser Politik stirbt der ADGB / Hämmer den Verrat in die Hirne der Gewerkschaftsmitglieder und getolnt sie für die RSD

Die Brüningregierung will die Unternehmerverbände und die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. Nachdem das Reichskomitee der RSD in seinem Plar zum Plan enthält, kam auch die kapitalistische Presse am 2. Oktober mit der bestmöglichen Nachricht heraus. Die kapitalistische Presse bestätigt auch, daß der Hauptzweck der Arbeitsgemeinschaft die Durchführung eines neuen ungeheuren Lohnabbaues bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit ist.

Alles das hat Genosse Dahlem bereits am 1. Oktober in Essen in einer Konferenz von Vertretern der streikenden Bergarbeiter und Funktionäre der RSD, enthüllt. In dieser Rede führte Genosse Dahlem im wesentlichen folgendes aus:

In einem kleinen Kreis einflussreicher Leute aus beiden Lagern ist jetzt der Entwurf eines Wirtschaftsprogramms formuliert worden, dessen Hauptlinien folgende sind:

Untertarifliche Entlohnung bis 25 Prozent

1. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß der Selbstkostenabbau der Wirtschaft u. a. dadurch erleichtert werden soll, daß im Rahmen der Tarifverträge die Löhne und Gehälter „beweglicher“ gestaltet werden sollen. Das soll praktisch so vor sich gehen, daß auf Grund einer von der Regierung zu erlassenden Notverordnung eine Lockerung der gesetzlichen Unabhängigkeit der Tarifverträge herbeigeführt und eine untertarifliche Entlohnung zwischen Einzelunternehmern bis zu 20 Prozent gestattet wird. Eine teilweise Aufhebung der Unabhängigkeit der laufenden Tarife ohne Liquidierung der formellen Hülle des Tarifvertrages hätte folgende Vorteile für beide Parteien: Die Notverordnung gibt allen Unternehmern, die den „Nachweis der wirtschaftlichen Notlage ihres Betriebes führen können“, die gesetzliche Möglichkeit eines Lohnabbaues bis 20 Prozent des tariflich festgesetzten Lohnes. Andererseits brauchen die Gewerkschaften selbst keine Lohnaufgebotsverfahren zu machen, da die Verteidigung der Lohnhöhe nunmehr den Besessenen jedes einzelnen Betriebes überlassen bleibt. Ebenfalls brauchen dann die Gewerkschaften nicht mehr in diese betrieblichen Lohnkonflikte einzugreifen, da auf Grund der durch die Notverordnung geschaffenen neuen gesetzlichen Tatsache der Abbau der Löhne den allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages nicht widerspricht. Bei Reueinstellungen von Arbeitern soll sogar in bestimmten Fällen den Unternehmern gestattet sein,

direkte individuelle Einzelarbeitsverträge bei untertariflicher Lohn- und Gehaltszahlung abzuschließen.

Die Tarife selbst sollen in Zukunft für eine kurze Laufdauer abgeschlossen werden, um entsprechend den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ rasch neue Lohnbedingungen festlegen zu können. Von dieser Abmachung, die vertraulich ist, soll die Arbeit jeder der beiden Parteien für die Propagierung ihrer „weiteren Ziele“ unberührt bleiben.

Schiedsgerichtsschnellverfahren

Weiter, erklärte Gen. Dahlem, besteht zwischen den Führern der Industrie und der Gewerkschaften prinzipiell Uebereinstimmung darüber, daß bei den jetzt zahlreich abgelaufenen oder jetzt zur Kündigung stehenden Tarifen der Lohnabbau mit Hilfe eines durch Notverordnung ermöglichten Schiedsgerichtsschnellverfahrens durchgeführt werden soll. Auch dabei sollen die beiden Parteien durch den Schiedspruch der „neutralen Richter“ gegenüber der Öffentlichkeit entlastet werden. So können die Arbeitgeber und ebenfalls die Gewerkschaften „protestieren“. So können sich insbesondere die letzten bequamen auf die vertragliche „Friedenspflicht“ berufen, um ihre Mitgliedschaft vom Streit abzuhalten. Die letzten Reste gesetzlichen Zwanges des Lohnes sind zwar punktuell der Unternehmer liquidiert, aber die sogenannte Schadensersatzpflicht für die Teilnahme an „wildem Streik“ bleibt bestehen. Das heißt, die Gewerkschaftsführer haben ihre Zustimmung zum Verbot und zur polizeilichen Unterdrückung aller Streiks gegeben.

Subventionen für die Kapitalisten

Der Schiedspruch für die Bergarbeiter ist ein Präzedenzfall für die Anwendung dieser Methode in allen Betrieben, in denen jetzt der Tarif abgelaufen ist (für 4 Millionen Arbeiter). Zusammen mit dem zwangsweisen gesetzlichen Lohnabbau sollen die verschiedensten Methoden verbunden werden. Im Ruhrkohlenbergbau z. B. hat man auf zwei Monate den Bergarbeitern die Bezahlung von 34 Prozent Beiträge zur Erwerbslosenversicherung erlassen, den Unternehmern dagegen zu den 7 Prozent Lohnabbau noch die 34 Prozent Unternehmeranteil an der Erwerbslosenversicherung, also insgesamt 104 Prozent geschenkt. Die notverordnung kurzfristige Laufzeit des Schiedspruchs bedeutet weiter, daß bereits in zwei Monaten ein neuer Lohnabbau und Wiederbezahlung der Erwerbslosenversicherungsbeiträge (5,25 Prozent bei der Lohnregelung im Jahre 1928 auf Grund der sogenannten 1er Brüning und die jetzigen 6,5 Prozent Aebnahme der Erwerbslosenversicherungsbeiträge), nach der Anschaffung des „Dortmunder General-Angelegers“ eine Summe von 100 Millionen Mark plus 70 Millionen Anapppschußzuschüsse, insgesamt 170 Millionen Mark, die das Reich, das allein zur Zeit ein Defizit von 1,5 Milliarden Mark ist, nicht aufrechterhalten kann. Die Folge wird die Zerrüttung der Erwerbslosenversicherung und der Knappschußversicherung sein.

Arbeitszeitverlängerung

Die dritte Hauptmethode, über die ebenfalls Uebereinstimmung zwischen den führenden Leuten der Industrie und der Gewerkschaften besteht, ist die Frage der Arbeitszeit. Der ADGB propogiert zwar weiter die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, aber die Mitte der nächsten Monate wird nicht die Arbeitszeitverlängerung, sondern trotz der Millionenerwerbslosigkeit Arbeitszeitverlängerung sein. Die neuen Notverordnungen der Regierung haben zwar die Einführung der 40-Stunden-Woche in bestimmten Gewerbebezirken ermöglicht, ebenfalls aber auch, ebenso wie die weitere Befestigung der Mehrheit (wie jetzt im Bergbau und Metall-Handwerk). Wo die Arbeitszeit vergrößert wird, geschieht es zu Zwecken des indirekten Lohnabbaues, zur Intensivierung der Arbeit, um dann bei der so geschaffenen tieferen Lohnhöhe wieder zur verlängerten Arbeitszeit überzugehen. Im Mansfeldischen Bergbau zum Beispiel haben die sozialdemokratischen und christlichen Betriebsräte ihre Zustimmung dazu gegeben, daß nunmehr wieder eine letzte Schicht, aber diesmal ohne Bezahlung, verfahren werden soll. Es wird sogar beim Uebereinstimmen von einer vergrößerten Arbeitszeit

zur verlängerten Arbeitszeit die durch Notverordnung ermöglichte untertarifliche Bezahlung bis zu 20 Prozent des Tariflohnes eingeführt werden können.

Das ist die Politik, die jetzt zwangsweise gegen die Arbeiter durchgeföhrt werden soll. Daraus ergibt sich — so schlüßfolgerte der Genosse Dahlem — die demagogische Propaganda, aber praktische Streikbrecherrolle des ADGB. An dieser Politik wird der ADGB, herben. Aufgabe der RSD, ist es, die Arbeiter über diese Verräterpolitik aufzuklären, mit den freigewerkschaftlichen und christlichen Kollegen die Einheitsfront des Kampfes zu schließen, den Kampf zu organisieren, den Einfluß der ADGB- und christlichen Gewerkschaftsführer auf die Arbeiter zu vernichten, die RSD, und die roten Verbände zur millionenstarken Gewerkschaftsorganisation der deutschen Arbeiter auszubauen.

Wenn die Erkenntnis der Verräterrolle der Gewerkschaften in den Gehirnen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter massen hämmert, wenn die Einheitsfront mit der kapitalistischen Angestellten und Beamten hergestellt wird, dann ist die Bedingung, dann ist der Sieg der Arbeiterklasse nahe.

Arbeiter, hört den Ruf des Genossen Dahlem! Wie aus der kapitalistischen Presse hervorgeht, wird angestrebt, möglichst viele Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten zu beschließen, um mit weniger Notverordnungen auszukommen. Die Gewerkschaftsbürokratie steht auf der Seite der großkapitalistischen Schichtmacher. Arbeiter, kämpft unter Führung der RSD!

Textiler!

Wählt Delegierte zur zweiten Kampfkonzferenz der sächsischen Textilarbeiter am 10. und 11. Oktober in Chemnitz. Entsendet Vertreter zur Jungtextiler-Konferenz am 10. Oktober in Chemnitz. Am Sonntag nehmen die Jungtextiler an der großen Kampf-Konferenz teil

Note Gemeindearbeiter beschließen neuen Kampf

Die Tagung der Vertreter der revolutionären Gemeindearbeiter von Sachsen in Chemnitz / Kritik der Mobilisierungsarbeit / Stärkerer Kurs auf die kämpfende Einheitsfront aller Betriebsarbeiter

Chemnitz. (Eigener Bericht).

Gleichzeitig mit den oppositionellen Gewerkschaftlern tagten am Sonntag in Chemnitz Vertreter der Gemeindearbeiter Sachsens. Auf der Tagung wurde Stellung genommen zu den letzten Lohnkämpfen in den Gemeindebetrieben und zur Vorbereitung der neuen Lohnbewegung. Die Gemeindearbeiter sind bereits zum dritten Male vom Lohnabbau bedroht. Es gilt, eine breite Abwehrfront gegen die Pläne der Lohnräuber zu entwickeln. Die Konferenz nahm selbstkritisch Stellung zur Mobilisierungsarbeit und stellt fest, daß die Kampfvorbereitung vor allem unter der ungenügenden Durchführung der Einheitsfrontattitüde litt. In einer Entschließung wurde das Ergebnis der Konferenz zusammengefaßt und mit dem Gelöbnis mit verstärkter Kraft die Kampfrückung unter Vermeidung der gemachten Fehler durchzuführen, gingen die Delegierten nach sechstündiger Tagung auseinander. Die auf der Konferenz angenommene Entschließung lautet:

Die Gemeindearbeiter sind in ihrer Lebenseristenz auf das gefährlichste bedroht. Die kapitalistische Gesellschaft versucht die Lasten der immer mehr verschärfenden Krise auf den Rücken des werktätigen Volkes, insbesondere der Gemeindearbeiter, zubürden. Am 31. Oktober soll zum wiederholten Male ein Lohnabbau durchgeführt werden. Gleichzeitig soll eine wesentliche Verschlechterung der sozialen Einrichtungen eintreten. Gleichlaufend mit diesen Verschlechterungen der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiter sollen Massenentlassungen in den Gemeindebetrieben durchgeführt werden. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie steht auf der Seite der Reaktion. Sie organisiert in den Kämpfen des Proletariats den Streikbruch und spielt die Schuppelpolizei der Bourgeoisie.

In Dresden denunzierten die SPD-Betriebsräte die roten Betriebsräte der Polizei und hielten mit der Polizei gemeinsame Besprechungen ab.

Die SPD-Betriebsräte der Leipziger Straßenbahn schlugen die Mitglieder der RSD zur Entlassung vor. Die Gewerkschaftsfunktionäre des Gesamtverbandes denunzierten die roten Betriebsräte wegen Verbreitung revolutionärer Literatur und traten vor dem Arbeitsgericht als Zeugen der Distanz auf.

In Chemnitz schlugen die Gesamtverbandsbürokraten der Direktion der Straßenbahn vor, welche Streikenden zu mahregeln sind. Diese schultigen Handlungen zwingen die Arbeiterschaft, sich zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen selbständige Kampfeinstellungen zu schaffen und unter Führung der RSD zu kämpfen.

Teile der Gemeindearbeiter haben diese Notwendigkeit er-

kannt und bereits Kampfausschüsse gewählt. Die Vertreter dieser Kampfausschüsse, die heute gemeinsam mit gewählten Delegierten aus den entscheidendsten Gemeindebetrieben Sachsens tagen, stellen fest, daß die bestehenden Kampfausschüsse zur Auslösung des Kampfes bei den Gemeindearbeitern nicht genügen. Der Mangel dieser Kampfausschüsse liegt zunächst darin, daß sie nicht genügend auf der Basis der Einheitsfront in den Betrieben stehen. Der weitere Mangel ist, daß ihre Anzahl für Sachsen nicht genügt. In jedem Betrieb muß ein Kampfausschuss gewählt werden. In jedem Betrieb muß die Einheitsfront aller Arbeiter hergestellt werden. In jedem Betrieb müssen die revolutionären Arbeiter mit aller Fähigkeit und Initiative an der Gewinnung der SPD- und parteilosen Arbeiter für den Kampf arbeiten. Diese Arbeit muß in den nächsten Tagen mit aller Kraft durchgeführt werden.

Die Vertreter der Gemeindearbeiter fordern alle sächsischen Arbeiter der öffentlichen Betriebe auf, unverzüglich die Streikrückung in Angriff zu nehmen. Aus den vergangenen Kämpfen müssen die Lehren gezogen und eine härtere, fühnere und sichere Abwehrfront organisiert werden.

Gegen die nationale Selbsthilfe die rote Selbsthilfe der Arbeiter!

Wählt Kampfeinstellungen in allen Betrieben!

Streik gegen jeden Lohnabbau und jede Verschlechterung unserer Lebenslage!

Streik für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes und für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

Dem roten Straßenbahnbetriebsrat von Dresden, Gen. Gruner, der von der Klassenjustiz wegen der Organisierung des Dresdener Straßenbahnerstreiks festgehalten wird, sende die Konferenz folgende Solidaritätsbekundung:

„Die Konferenz der revolutionären Gemeindearbeiter Sachsens entbietet dir, Genosse Gruner, revolutionäre Kampfesgrüße. Du hast dich unerschrocken für die Interessen der Gemeindearbeiter und Gesamtarbeiterschaft eingesetzt. Deshalb hat die verräterische SPD, Gewerkschafts- und Kommunalbürokratie die Klassenjustiz der kapitalistischen Klasse gegen dich mobilisiert.“

Wir verbinden mit unseren brüderlichen Grüßen den Appell an die Gemeinde- und Betriebsarbeiter und an die gesamte werktätige Klasse:

Organisiert Massenaktionen für die Freilassung des Gen. Paul Gruner!

Verstärkt den Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen! Organisiert die Massenwerbung für die RSD!“

Schließung eines Reichsbetriebes

Die dem Deutschen Reich gehörigen Städtstoffwerke in Völkeln bei Halle, welche städtstoffhaltige Düngemittel produzieren, werden geschlossen. Als Grund wird angegeben die Abwärtskrise für Städtstoff, die sich durch die wachsende Not der großen Massen der kleinen und mittleren Bauern außerordentlich verschärft hat.

Buchdruckerstreik in Sabanna

Gegen einen 15prozentigen Lohnraub sind die Buchdrucker in den Streit getreten. Spanische Zeitungen erscheinen nicht mehr. 10 000 Regierungsangestellte und Beamte wurden entlassen.

Belgische Metallbongen für Lohnabbau

Der außerordentliche Metallarbeiterkongreß, der in Brüssel abgehalten wurde, lehnte mit großer Mehrheit den Streik als Kampfmittel ab und empfahl, sich mit Aufrufen an die Regierung zu wenden. Die Löhne der belgischen Metallarbeiter, die erst vor kurzem um 40 Prozent herabgesetzt wurden, sind z. T. niedriger als die Erwerbslosenunterstützung.

Polizei erschleht Arbeiter

In Etanan (Kanada) erschleht die Polizei zwei streikende Arbeiter und verurteilte drei Arbeiter schwer, weil sie mit roten Fahnen gegen Lohnraub demonstrierten.

Eine Niederlage für die Dresdner Bank

Gemaßregelter Rußlanddelegierter muß wieder eingestellt werden

Der Bankangestellte Karl Raab wurde vor einiger Zeit in einer Berliner Bankangestelltenversammlung als Delegierter und der Sowjetunion gewählt. Nach keiner Rückkehr berichtete er in der roten Angestelltenzeitung „Kampfruf“ über sein Eindringen in Arbeiter- und Kameraden. Wegen dieser Bericht wurde er von der Direktion der Dresdener Bank entlassen. Das Arbeitsgericht Berlin hat unter Vorsitz des sozialdemokratischen Amtsgerichtsrats Dr. Wöner die Klage des Bankangestellten Raab auf Ungültigkeitserklärung der Entlassung abgeurteilt. Am 2. Oktober fand die Berufungsoberinstanz vor dem Landesarbeitsgericht statt und das Berufungsgericht entschied, daß die Berufungserklärung von Reichsminister für Sozialversicherung kein Entlassungsgrund ist. Karl Raab muß wieder eingestellt werden.

Da die Belegschaft der Dresdener Bank vor Betriebsabwahlen steht, konnte sich die Belegschaft gerade jetzt dem Schicksal der Direktion widersetzen. Ihre Anwesenheit auf Lohnabbau, auf reformistischen Drossel, auf den Rücken von kämpfenden Kollegen, auf den politischen Kampf kann nur heißen: Drosselung des Kampfes gegen Lohnraub und wachsenden Gewerkschaften unter Führung roter Angestellten- und Arbeiterkräfte.

Verantwortlich für Inhalte: Otto Gabel, Dresden; für Politik mit Redaktion: Hans Bruns, Dresden; Gewerkschaft: Ernst Kabis und Arbeiter: Hans Bruns, Dresden; für Ausland: Karl Bruns, Berlin; für Redaktion: Hans Bruns, Dresden; für Jura: Wilhelm Schmidt, Dresden; für Druck: Hans Bruns, Dresden.